

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2018–2021

1. Sitzung 2021

Datum	Montag, 22. März 2021
Zeit	18.00 – 21.00 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz Protokollführer	Barbara Willisegger, Ratspräsidentin Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber
Anwesend	39 Mitglieder des Einwohnerrats Dr. Mischa Berner (glp), Einwohnerrat Dr. Adrian Borer (glp), Einwohnerrat ⁵ Salome Fankhauser (SP), Einwohnerrätin Maja Freiermuth (FDP), Einwohnerrätin ⁴ Markus Gfeller (SVP), Einwohnerrat Rudolf Günthardt (FDP), Einwohnerrat ⁴ Gian Guyer (Grüne/Alternative), Einwohnerrat Attila Gygax (glp), Einwohnerrat Daniel Gygax (FDP), Einwohnerrat Nathalie Gysin (glp), Einwohnerrätin Stéphanie Hagmann (DYM/CVP), Einwohnerrätin Viviane Hösli (SP), Einwohnerrätin Liliane Hofer (SP), Einwohnerrätin ^{4, 5} Matthias Hostettler (Grüne/Alternative), Einwohnerrat ^{4, 5} Dr. Tobias Hottiger (FDP), Einwohnerrat ⁵ Irma Jordi (DYM/CVP), Einwohnerrätin Marija Jurisic (Grüne/Alternative), Einwohnerrätin Thomas Keller (FDP), Einwohnerrat Dr. André Kirchhofer (FDP), Einwohnerrat Franziska Kremer (SP), Einwohnerrätin Nadia Kuhn (SVP), Einwohnerrätin Yvonne Lehmann (SP), Einwohnerrätin Raphael Lerch (SVP), Einwohnerrat ⁴ Oliver Maurer (DYM/EVP), Einwohnerrat Marco Negri (SVP), Einwohnerrat ⁴ Dr. Christian Nöthiger (SP), Einwohnerrat ²

Sandra Olar (SP), Einwohnerrätin
Dr. Andrea Plüss-Bernhard (DYM/EVP), Einwohnerrätin³
René Schindler (SVP), Einwohnerrat
Claudia Schürch-Meder (DYM/EVP), Einwohnerrätin⁵
Dr. Anders Sjöberg (glp), Einwohnerrat⁴
Pascal Stenz (FDP), Einwohnerrat³
Yves Studer (SVP), Einwohnerrat
Michael Wacker (SP), Einwohnerrat⁴
Moritz Weber (SVP), Einwohnerrat⁵
Robert Weishaupt (DYM/CVP), Einwohnerrat⁴
Barbara Willisegger (SVP), Einwohnerrätin¹
Martin Willisegger (SVP), Einwohnerrat
Béatrice Zinniker (FDP), Einwohnerrätin

Entschuldigt Yolanda Senn Ammann (Farbtupfer), Einwohnerrätin

Legende

- ¹Präsidentin
- ²Vizepräsident
- ³Stimmzähler/in
- ⁴Mitglied FGPK
- ⁵Fraktionspräsident/in

Verteiler Mitglieder des Einwohnerrats
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 13. April 2021 auf www.zofingen.ch.

Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahme von Yves Studer (SVP) als neuen Einwohnerrat und Béatrice Zinniker (FDP) als neue Einwohnerrätin	315
2. Mitteilungen	315
3. Wahlen GK176 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/21	318
4. Einbürgerungen GK 169-173 5 Einbürgerungsvorlagen (anonymisiert am 21. Juni 2021)	319
5. Reglemente GK 166 Revision Gemeindeordnung	320
GK 167 Bibliotheksreglement	323
6. Abwasserbeseitigung GK 174 GEP-Umsetzung 2021 – Inlinersanierungen und Brunnenversickerungen	326
7. Kreditabrechnung GK 168 Ausführungskredit Primarschulhaus BZZ	327
8. Parlamentarische Vorstösse GK 161 Überparteiliche Interpellation betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland) vom 19. Oktober 2020	329
9. Umfrage	329

Leere Seite als Platzhalter

Traktandum 1 – Begrüssung / Inpflichtnahme

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Ratspräsidentin begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die Präsidentin erläutert den Ablauf im Rat in Bezug auf die geltenden Corona-Vorschriften.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Es steht das Nachrücken von Yves Studer (SVP) und Béatrice Zinniker (FDP) in den Einwohnerrat an. Die Präsidentin begrüsst Yves Studer und Béatrice Zinniker zu ihrer ersten Sitzung im Einwohnerrat. Sie folgen auf Stefan Giezendanner (SVP) und Christian Läubli (FDP), welche per Ende 2020 aus dem Einwohnerrat ausgetreten sind. Die Verabschiedung fand bereits an der Einwohnerratssitzung vom vergangenen November statt.

Yves Studer und Béatrice Zinniker werden aufgefordert, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Ratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats werden die beiden anwesenden neuen Mitglieder des Einwohnerrats von der Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Ratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Amtsgelübde wird von Yves Studer und Béatrice Zinniker durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Sie sind damit in Pflicht genommen und können ihre Tätigkeit aufnehmen.

Traktandum 2 – Mitteilungen

Für die heutige Sitzung hat sich Yolanda Senn Ammann entschuldigt.

Der Rat ist **mit 39 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. November 2020** wurde am 18 Januar 2021 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungsbegehren lief am 28. Januar 2021 ab. Innerhalb der Frist sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Die Verfassung des Protokolls wird verdankt.

Die Fraktion DYM heisst neu EVP-Die Mitte.

Tischauflagen

- Wahlzettel Ersatzwahl FGPK (1. Wahlgang)
- Jahresrechnung 2020 Einwohnergemeinde
- Flyer Stadtsaal Zofingen

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat der SP vom 22. März 2021 betreffend "Realisierung und Optimierung einer funktionierenden ökologischen Infrastruktur"

- Interpellation der EVP-Die Mitte vom 22. März 2021 betreffend "Homeoffice und Raumbedarf Verwaltung"
- Dringliche Interpellation der EVP-Die Mitte vom 22. März 2021 betreffend "Neubesetzung und strategische Führung Seniorenzentrum Zofingen"
- Dringliche Interpellation der SVP vom 22. März 2021 betreffend "Ziele und Stand Umsetzung Massnahmen Seniorenzentrum Zofingen"

Interpellation der EVP-Die Mitte vom 22. März 2021 betreffend "Neubesetzung und strategische Führung Seniorenzentrum Zofingen" – Antrag auf Dringlichkeit

Da die Interpellation den Mitgliedern des Einwohnerrats vorgängig zugestellt wurde, verzichtet die Ratspräsidentin auf das Vorlesen und stellt sogleich die Dringlichkeit zur Diskussion.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Möchte eine Begründung, wieso die Interpellation dringlich sein soll. Aus den Fragen resp. den möglichen Antworten lässt sich keine unmittelbare Konsequenz ableiten, weshalb seines Erachtens die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Das Instrument der Dringlichkeit soll deshalb nicht überstrapaziert werden.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Die Dringlichkeit ist aufgrund der aktuellen Situation gegeben. Es geht um die Besetzung einer wichtigen Kaderposition. Mit der vorzeitigen Entlassung der neu gewählten Leitungsperson vor Antritt der Stelle liegt ein Führungsvakuum vor. Was hat bei der Evaluation nicht funktioniert? Aus den Antworten lassen sich eventuell weitere Vorstösse ableiten. Auch die Funktion der Betriebskommission als Fachgremium im Rahmen der Anstellung interessiert.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Hat grosses Verständnis für die Frage von Tobias Hottiger. Er schliesst sich den Bedenken von Tobias Hottiger an. Die FGPK wurde über die Gründe informiert. Die Begründungen waren schlüssig und eindeutig. Es kann in eine personalrechtliche öffentliche Diskussion gehen, bei derer es nur Verlierer geben kann. Im Bereich Führung gab es mehrere Vorfälle in der Vergangenheit, wie z. B. bei der Besetzung der Funktionen des Repol-Chefs oder des Stadtschreibers. Hier kann schon die Frage gestellt werden, ob ein Problem bei der Auswahl vorliegt. Eine sorgfältige schriftliche Beantwortung wäre sinnvoller.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Für mich ist die Dringlichkeit gegeben. Wir gehen in die nächste Runde bei der Besetzung und deshalb ist eine Reflektion des Geschehenen wichtig. Die verschiedenen Rollen der Personen bei der Auswahl interessiert. Es geht nicht um eine grosse Diskussion aus der Interpellation. Es sollen die gestellten Fragen beantwortet werden. Es ist nicht die Rede von einer flächendeckenden Diskussion.

Der Einwohnerrat lehnt in der anschliessenden **Abstimmung die Dringlichkeit mit 18 Ja zu 20 Nein** ab.

Interpellation der SVP vom 22. März 2021 betreffend "Ziele und Stand Umsetzung Massnahmen Seniorenzentrum Zofingen" – Antrag auf Dringlichkeit

Die Ratspräsidentin liest die Interpellation vor und stellt die Dringlichkeit zur Diskussion.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Wir haben fünf komplexe Fragen mündlich gehört. Ich stelle die Frage, ob mir jemand sagen kann, ob die Dringlichkeit die geeignete Form gemäss Geschäftsreglement ist.

Moritz Weber, Einwohnerrat

Wir haben im Seniorenzentrum eine Investition von 30 Mio. getätigt und jährliche Personalkosten von 10 Mio., sowie einen Jahresverlust zu verzeichnen. Ausserdem haben wir eine ausserordentliche Situation mit der gescheiterten Anstellung. Das vor drei Jahren eingereichte Postulat zielte genau dahin, mehr Grundlagen und systematische und strategische Vorstellungen zu erhalten, um zu verstehen, wie das Seniorenzentrum geleitet werden sollte. Wir diskutieren immer wieder über das Seniorenzentrum, was die Bewohnenden verunsichert. Wir müssen aber einen sicheren Rahmen für diese Menschen schaffen. Es geht weder um Personen, noch um Wahlkampf. Es geht um die Sache. Wir wollen sicher sein, dass die Pflegestufeneinteilung richtig ist, dass richtig abgerechnet wird, dass die Finanzierung gesichert ist, und dass genügend Ressourcen für die Menschen vorhanden ist. Wenn wir die mehrjährigen Diskussionen, den Verlust und die Stellenbesetzung ansehen, müssen wir mit geeigneten Massnahmen, auch z. B. Coaching der Involvierten, sicherstellen, dass die Bewohnenden ohne Angst im Seniorenzentrum leben können. Diese Menschen verdienen unseren Respekt.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Ich fände es ebenfalls gut, wenn solche Interpellationen vorgängig zugestellt werden. Es sind aber nicht so komplexe Fragen, das sie nicht aus dem Stand beantwortet werden können.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin

Die eine oder andere Antwort wäre tatsächlich spannend. Wenn es aber um eine ausführliche und ehrliche Antwort geht, ist eine dringliche Beantwortung nicht ausreichend. Das leuchtet nicht ein.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Die Fragen sind berechtigt. Es gab in der Evaluation einen Fehler, dies werden wir in der anderen Interpellation beantworten. Bitte beurteilen Sie die Evaluationen der anderen Besetzungen auf Kader Ebene in den letzten zehn Jahren und fragen Sie sich, ob diese ihre Funktion erfüllen. Die FGPK macht jährlich Sonderprüfungen, nach Wunsch der FGPK. Man hätte das Seniorenzentrum vertieft mit einer solchen Sonderprüfung prüfen können, jedes Jahr bei jeder Rechnungsprüfung oder bei jeder Budgetprüfung. Ein Anliegen diesbezüglich ist in den vergangenen Jahren nie gekommen. Die gestellten Fragen sind Aufgabe des Parlaments, aber als stetige Aufgabe, nicht mittels dringlicher Interpellationen. Wir entziehen uns diesen Fragen nicht. Diese Aufsicht dient allen, auch der Stadtrat will, dass es den Leuten im Seniorenzentrum gut geht.

Der Einwohnerrat lehnt in der anschliessenden **Abstimmung die Dringlichkeit mit 18 Ja zu 20 Nein** ab.

Traktandum 3 – Wahlen

GK 176

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/21

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Matthias Hostettler hat aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt aus der Kommission auf das heutige Datum bekannt gegeben. Sein Einsatz wird verdankt.

Der Verteilschlüssel wurde anfangs Amtsperiode festgelegt. Somit ist der Anspruch der Fraktion der Grünen/Alternativen gegeben.

Als **Mitglied in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission** ist Marija Jurisic (Grüne/Alternative) nominiert.

Matthias Hostettler, Fraktionsvotum

Marija Jurisic ist studierte Juristin und bringt das nötige Rüstzeug mit. Für die Wahl wird gedankt.

Für das Wahlbüro schlägt das Büro des Einwohnerrats folgende Personen vor:

- Daniel Gygax (FDP)
- Oliver Maurer (EVP-Die Mitte)
- Catrin Friedli, Vizestadtschreiberin
- Patrick Siegrist, Aktuar FGPK

Von Seiten Einwohnerrat gibt es keinen Einwand. Das Wahlbüro gilt somit als gewählt.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Hinweis zur Protokollführung

Während der Auszählung geht die Sitzung weiter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll das Resultat gleich bei der Wahl.

Ergebnis der Ersatzwahl

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	39	
Eingegangene Wahlzettel:	39	
Abzüglich leere Wahlzettel:	3	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	1	
In Betracht fallende Wahlzettel:	35	
Absolutes Mehr:	18	
Stimmen haben erhalten:		
Marija Jurisic (Grüne/Alternative, neu):	35	gewählt

Die Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Traktandum 4 – Einbürgerungen

GK 169-173 (anonymisiert am 21. Juni 2021)

Eintreten ist nicht bestritten.

Rudolf Günthardt, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat die Gesuche genauestens geprüft, persönliche Gespräche geführt und Vertiefungsfragen gestellt. Die Anträge sind Formsache, die Voraussetzungen sind erfüllt. Die FGPK hat die Empfehlung der Einbürgerungskommission übernommen und empfiehlt einstimmig Annahme der Gesuche.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

GK 169

Dem stadrätlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 170

Dem stadrätlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK171

Dem stadrätlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 172

Dem stadrätlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 173

Dem stadrätlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Traktandum 5 – Reglemente

GK 166

Revision Gemeindeordnung

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

An der Einwohnerratsitzung vom 22. Juni 2020 wurde das Geschäft zurückgewiesen und es wurde eine einwohnerrätliche Spezialkommission eingesetzt. Die Reduktion von sieben auf fünf Mitglieder des Stadtrats stand damals im Fokus. Bei der vorliegenden Überarbeitung wurde dieser Punkt vertagt. Bei einer Annahme findet die Volksabstimmung voraussichtlich am 13. Juni 2021 statt.

Eintreten ist nicht bestritten.

Michael Wacker, Referent Spezialkommission

Der Entscheid über die Grösse des Stadtrats wurde vertagt. Auch der Entscheid über den Wahlmodus wurde vertagt. Wir fokussieren auf die zwingenden oder nötigen Änderungen und haben alles rausgenommen, was an einer Volksabstimmung kritisch sein könnte. Weiter haben wir analysieren lassen, wie sich eine allfällige Anpassung der Kompetenzsummen ausgewirkt hätte. Es wären sehr wenige Geschäfte betroffen gewesen. Auch in der Zukunft werden nicht sehr viele Geschäfte von einer Verschiebung der Grenzwerte der Kompetenzsumme des Einwohnerrats betroffen sein. Die Kommission empfiehlt deshalb, die alten Werte beizubehalten. Schliesslich hat die Kommission noch einen Antrag formuliert, um § 15 noch klarer zu machen. Auch bei der Frage der Bezeichnung des Stadtammanns und des Vizeammanns hat die Kommission entschieden, die heutigen Bezeichnungen beizubehalten, um nicht einen kritischen Punkt einzubringen. Die Kommission empfiehlt dem Rat einstimmig die Annahme der Vorlage und wird noch den erwähnten Antrag zu § 15 stellen. Die Kommission wird im Juni die Diskussion der Grösse des Stadtrats und des Wahlmodus angehen. Die Fraktionen und Parteien sind aufgefordert, diese Diskussion ebenfalls zu führen. In vier Jahren soll eine fundierte Lösung stehen. Die Kommission wird entsprechend bis zum Ende der Legislatur weiterarbeiten.

Marco Negri, Fraktionsvotum (SVP)

Insbesondere die neue Stellenbewilligungskompetenz wird von der Fraktion begrüsst. Es ist richtig, dass der Einwohnerrat die Gesamtmenge vorgibt, aber der Stadtrat die operative Verteilkompetenz erhält. Die Fraktion stimmt der Vorlage geschlossen zu.

Daniel Gygax, Fraktionsvotum (FDP)

Ebenfalls wichtig ist die Frist bei den politischen Vorstössen. Das ist eine gute Sache. Die Summe der Stellenprozente erachtet die FDP ebenfalls als sehr positiv, wie auch das Beibehalten der bisherigen Schwellwerte der Kompetenzen sowie die Verschiebung der Frage der Grösse des Stadtrats.

Sandra Olar, Fraktionsvotum (SP)

Die SP begrüsst die Verschiebung der Fragen bezüglich Grösse Stadtrat und Wahlmodus. Diese Fragen bedingen umfassendere Informationen und Diskussionen. Die vorliegenden Änderungen können nun ohne Verzögerungen umgesetzt werden. Die Fraktion stimmt fast allen Punkten zu. Wichtig sind die Fristen bei den Vorstössen. Das Beibehalten der heutigen Grenzwerte wird als sinnvoll erachtet.

Die Bevölkerung soll bei grossen Ausgaben unverändert mitsprechen. Die Stellenbewilligungskompetenz schafft Effizienz. Die Bezeichnung Stadttammann soll aber gender- und zeitgerecht sein, ein entsprechender Antrag für die Bezeichnung Stadtpräsident/in folgt.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Auch unsere Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats. Die Vorlage ist schlüssig und gut begründet. Es ist richtig, dass die Wesentlichkeitsgrenze beim heutigen Wert belassen werden soll. Die Fraktion unterstützt den Antrag.

Gian Guyer, Fraktionsvotum (Grüne/Alternative)

Auch unsere Fraktion heisst die Revision gut. Den Antrag der SP auf Änderung der Bezeichnung Stadttammann wird unterstützt.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum (glp)

In der Kommission wurden die Änderungsanträge sorgfältig vorbereitet. Schade ist, dass der Antrag der SP erst jetzt kommt. Damit hätte man sich eingehender in der Spezialkommission auseinandersetzen können. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu. Es ist aber wichtig, dass die Frage der Grösse des Stadtrats mit dem neuen Stadtrat weiter diskutiert wird. Die Schwellwerte sollen nicht angepasst werden. Die Summe der Stellenprozente muss künftig gut ausgewiesen werden und muss im Rahmen bleiben. Die Fraktion stimmt einstimmig zu.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Dankt für die positiven Voten zu dieser Revision. Er wird sich in der Detailberatung zu einzelnen Punkten äussern.

Die Detailberatung folgt:

Sandra Olar, Einwohnerrätin

Stellt den Antrag, den Stadttammann und den Vizeammann neu mit Stadtpräsident/in resp. Vize-Stadtpräsident/in zu bezeichnen. Der heutige Begriff stammt aus dem Frühmittelalter und bezeichnete den Inhaber eines Amtes bei einem adligen Herrn. In vielen Regionen wurde während der Helvetik der Begriff "Präsident" eingeführt. Heute ist der Kanton Aargau der einzige Kanton, der den Begriff Ammann noch verwendet. Es wird Zeit, dass das Amt gendergerecht betitelt wird. Wir verstehen Zofingen als moderne und aufgeschlossene Stadt und beantragen deshalb die neue Bezeichnung.

Maja Freiermuth, Einwohnerrätin

In der Fraktion steht niemand aus Gender-Gründen hinter diesem Antrag, sondern aus zeitgemässen Überlegungen. Die Fraktion ist gespalten. Im Aargau hat der Begriff eine grosse Tradition. Als Frau fühle ich mich nicht ausgeschlossen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Das Ziel war eine schlanke Revision mit zwingenden oder nötigen Punkten. Diese sollen primär durchkommen. Der Begriff ist ein historischer. Der Stadtrat wollte die Änderung nicht machen, um die Vorlage nicht unnötig wegen eines möglicherweise umstrittenen Wortlauts zu gefährden. Die

Frage kann im weiteren Verlauf der Diskussionen in der Spezialkommission weiter aufgenommen werden. Aktuell stellt die Bezeichnung auch kein Gender-Problem dar.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Wir sollten darauf achten, dass wir nicht neue Ungerechtigkeiten schaffen. Wer sich nicht als Mann oder Frau fühlt, ist mit dem Begriff Stadtpräsident/in wieder nicht abgeholt. Es könnte die These aufgestellt werden, dass der im Aargau für beide Geschlechter verwendete Begriff Gemeindeammann schon beinahe progressiv ist, da das Geschlecht damit nicht definiert wird. Es gibt aber wohl kein Richtig oder Falsch in dieser Diskussion.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Ich kann mich mit dem Begriff Stadtpräsident/in gut anfreunden, nicht aus Genderfragen. In anderen Kantonen ist das Stadttammannamt z. B. für Betreibungen zuständig. Ich glaube nicht, dass die Bevölkerung einen Wechsel ablehnen würde.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Ich bin in einer Stadt mit Präsident/in aufgewachsen, habe aber einen grossen Respekt vor der Tradition im Aargau. Wir haben nun extra eine Kommission geschaffen, für die unbestrittenen Punkte nochmals zu bringen. Das ist mir viel wert. Wir sollten die Vorlage nun nicht mit der Ammann-Frage überfrachten. Wäre das mehrheitsfähig in Zofingen? Wir sollten das heutige Paket nicht gefährden, es enthält wichtige Änderungen.

Robert Weishaupt, Einwohnerrat

Der Aargau ist nicht der letzte Kanton. In Engelberg (OW) spricht man vom Tal-Ammann.

Abstimmung über den Antrag von Sandra Olar: 18 Ja, 20 Nein. Der Antrag ist abgelehnt.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Stellt den Antrag, § 15 Abs. 2 lit. p) neu separat als Abs. 3 mit Randtitel "Vorbehalt obligatorisches Referendum" zu führen, um die Regelung sprachlich klarer zu separieren.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Der Vorschlag ist gut, die Änderung kann so gemacht werden.

Abstimmung über den Antrag der Spezialkommission: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Die Anpassungen an der Gemeindeordnung gemäss vorstehender Auflistung seien zu genehmigen und per 1. Januar 2022 in Kraft zu setzen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 (ja/nein) Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

GK 167

Bibliotheksreglement

Eintreten ist nicht bestritten.

Maja Freiermuth (FDP), Referentin FGPK

Die FGPK hat das Geschäft kontrovers und sehr umfassend diskutiert. Der Entscheid des Einwohnerrats beschränkt sich auf wenige Paragraphen. Der Rest liegt mehrheitlich in der Kompetenz des Stadtrats und die zusätzlichen Sachen gleichen mehr einer Hausordnung, was nicht durch den Einwohnerrat beraten werden muss. Der Gebührenrahmen gab intensiv zu diskutieren, er ist relativ gross. Nicht ganz klar war der FGPK die Auswirkung auf die heutigen Inhaber der Familienausweise. Der Einwohnerrat soll über die Gebühren im Detail diskutieren können. Auch digitale Hürden oder der Zugang zur Open Library wurden diskutiert. Fragen dazu konnten gut beantwortet werden. Die FGPK hat zur Vorlage nein gesagt. Dieses Nein ist als Zurückweisung zu verstehen. Die Gebühren sollen durch den Einwohnerrat geregelt werden, nicht nur der Gebührenrahmen. Die Bibliothek wird jährlich mit mehreren CHF 100'000 subventioniert. Der Einwohnerrat soll deshalb darüber abstimmen können. Das Nein der FGPK ist als Nein zum Gebührenrahmen zu verstehen.

Mischa Berner, Fraktionsvotum (glp)

Die Fraktion sieht die Notwendigkeit des Reglements und unterstützt die Stossrichtung. Die Unterlagen entsprechen aber nicht dem gewohnten Standard der Stadt und beinhalten mehrere Widersprüche zueinander. Die Fraktion stellt deshalb einen Rückweisungsantrag. Das Reglement soll drei Anhänge enthalten. Diese bilden Bestandteil des Reglements, das beisst sich, wenn die Anhänge nun in der Kompetenz des Stadtrats lägen. Dazu gibt es Unklarheiten mit einer internen Verrechnung. Auch beim Schnupperabo resp. beim E-Schnupperabo gibt es Unklarheiten. Der Fraktion schwebt vor, dass im Reglement klare Höchst- und Mindestgebühren und klare Vorgaben bezüglich Vergünstigungen enthalten sind. So kann der Einwohnerrat genauer Einfluss nehmen, andere Details, wie z. B. Kopiergebühren, soll aber der Stadtrat regeln können.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion begrüsst die Schaffung eines neuen Reglements. Der Einwohnerrat soll über den Gebührenrahmen entscheiden, nicht aber über Details. Über das Budget kann der Einwohnerrat sodann über die Gesamtsumme der Subventionen befinden. Die Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag, kann aber auch mit einer Rückweisung leben, wenn anschliessend eine mehrheitsfähige Vorlage folgt.

Moritz Weber, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP begrüsst den Vorschlag der glp. Die Bibliothek soll ausserdem nicht ohne Aufsicht geöffnet haben.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Schliesst sich in weiten Punkten den Vorrednern an. Die Rückweisung zur Verhinderung eines Neins wird unterstützt, die Schaffung eines Reglements aber ebenso. Sie verdankt die Schaffung eines zeitgemässen Reglements.

Maja Freiermuth, Fraktionsvotum (FDP)

Die FDP unterstützt ebenfalls die Rückweisung. Die Fraktion ist nicht gegen ein Reglement, aber die Gebühren gehören in den Einwohnerrat. Der Rahmen ist aber zu weit gefasst.

Christiane Guyer, Stadträtin

Ich entnehme den Voten, dass grundsätzlich alle Fraktionen ein Reglement begrüssen. Wir wollen eine Lücke schliessen, das Grundreglement fehlt aktuell. Das Thema hat einen Sturm ausgelöst. Das Reglement soll als gesetzliche Grundlage einen einfachen Rahmen schaffen. Der Gebührenrahmen wurde im Reglement definiert. Es gibt drei Pfeiler. Erstens Kinder und junge Erwachsene aus Zofingen sind gratis, Erwachsene kosten. Zweitens ein Maximalbetrag und Drittens interne Verrechnungen. Die Ausformulierungen sind rechtlich korrekt. Die Hinweise bezüglich Gebührenreglement werden aufgenommen. Der Stadtrat soll, wie 2006 beschlossen, weiterhin die Details auch bei den Gebühren festlegen können. Das Reglement "verhebt", die Bibliothek hat mit der Open Library ein neues Angebot in der Pipeline, und es wäre schade, wenn das Projekt mit einer Rückweisung auf die lange Bank geschoben würde.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Geht das Risiko ein, schulmeisterlich zu wirken. In der Zukunft soll effizienter zusammengearbeitet werden. Bisher war die Tarifoheit beim Stadtrat. Das sollte im Reglement nun festgehalten werden. Die FGPK hat das Reglement abgelehnt. Die Kommission hätte die Aufgabe, Optimierungen vorzuschlagen. Nun sind wir hier und hören von Unstimmigkeiten. Man ist sich nicht ganz einig, wer wirklich welche Tarifkompetenzen haben soll. Ich freue mich schon auf die Tarifdiskussion im Plenum. Ich habe gehört, dass nicht zu viel Geld ausgegeben werden soll, gleichzeitig aber die Familien-Abos nicht zu teuer sein sollen. Ich wünsche mir, dass bei einer Rückweisung in der FGPK eine überarbeitete Vorlage im Detail besprochen wird. Insofern ist eine Rückweisung richtig, aber anschliessend müssen alle ihre Aufgaben wahrnehmen.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Wenn es um Gebühren geht, stehe ich hier vorne. Reglemente mit Gebühren gehören in die Kompetenz des Einwohnerrats. Die Gebühren an den Stadtrat zu delegieren ist nicht korrekt. Die Gebühren gehören ins Reglement selber, die operativen Details kann der Stadtrat regeln.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ich erinnere mich, dass jedes Mal, wenn es um ein Reglement mit Gebühren geht, wir uns im Einwohnerrat gegenseitig bekämpfen oder aber, wenn wir uns einig sind, auf den Stadtrat eindreschen. Aufgrund dieser Diskussion ist interessant, wonach im kantonalen Gemeindegesetz definiert ist, dass Reglemente mit Gebühren den Beschluss einer Gemeindeversammlung oder eines Einwohnerrats bedingen. Es gibt ein Handbuch zu den Unterlagen zur Anwaltsprüfung im Kanton Aargau. Darin steht: "Für die übrige kommunale Rechtssetzung besteht die Vermutung, dass die ordentlichen Rechtssetzungsorgane Gemeindeversammlung oder Einwohnerrat zuständig sind. ... Für die Rechtssetzung in der Form von Rechtsverordnung besteht auf Gemeindeebene kein Platz, da die Durchmischung der Funktionen in der aargauischen Gemeinde so intensiv ist, dass die formelle Unterscheidung von Gesetz- und Rechtsverordnung nicht zu rechtfertigen ist." Eines der Anliegen beim Thema

Rückweisung ist, dass der Stadtrat klarer und präziser formulieren soll, welche Kompetenzen er dem Einwohnerrat zugestehen will und welche er selber festgelegt will.

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Die FGPK kann im Grunde genommen nur ja oder nein sagen, respektive eine Empfehlung abgeben. Die FGPK hat klar gesagt, was ihr passt und was nicht. Die Kommission wollte keine Ad-hoc-Änderung der Vorlage. Die Kommission wollte dem Stadtrat den Ball zuspielen, die Vorlage zu überarbeiten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Die FGPK kann nicht nur ja oder nein sagen. Als vorberatende Kommission kann man sehr wohl korrigieren. Was nicht gut kommt, ist, wenn das Plenum korrigieren will. Genau dafür gibt es vorberatende Kommissionen. Der Gemeindeammännerverband macht jährlich Weiterbildungsveranstaltungen. Genau diese Themen werden dort intensiv behandelt.

Mischa Berner, Einwohnerrat

Stellt den Antrag auf Rückweisung der Vorlage.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Macht beliebt, das Geschäft nicht zurückzuweisen. Die Diskussion erstaunt. Offensichtlich haben wir in der Vergangenheit noch unkomplizierter politisiert. 2006 hatte man das ausdrücklich dem Stadtrat überlassen. Macht beliebt, nicht zurückzuweisen.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Mehrere Parteien haben gesagt, dass sie ja gar nicht über Kleinbeträge bestimmen wollen, sondern nur die Kompetenz für den Rahmen haben wollen. Genau das wird doch beantragt. Wenn jemandem die Formulierung nicht passt, kann ein Antrag dazu gestellt werden.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Es gibt keinen Rückweisungsantrag wegen wenigen Franken. Es geht darum, dass nicht alles stimmig ist und dass es Ideen für Anpassungen gibt. Deshalb soll zurückgewiesen werden.

Christiane Guyer, Stadträtin

Der Stadtrat hat einen Rückzug auch diskutiert. Er macht dies bewusst nicht. Die Abstimmung soll abgehalten werden. Der Entscheid wird selbstverständlich akzeptiert.

Abstimmung über die Rückweisung: 21 Ja 17 Nein. Der Antrag wird zurückgewiesen.

Traktandum 6 – Abwasserbeseitigung

GK 174

GEP-Umsetzung 2021 – Inlinersanierungen und Brunnenversickerungen

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Das Geschäft hat nicht zu grossen Diskussionen Anlass gegeben. Die Leitungen müssen saniert werden. Mit dem Inlinerverfahren wird ein kostengünstiges Verfahren gewählt. Die Versickerung betrifft zwei Brunnen in der Altstadt. Die Kosten sind tiefer als bei früheren GEP-Tranchen. Die Kommission empfiehlt Zustimmung.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP stimmt dem Geschäft zu. Die Versickerungsschächte werden als teuer erachtet. Es sollen deshalb künftig nicht alle Brunnen versickert werden.

Tobias Hottiger, Fraktionsvotum (FDP)

Die Fraktion befürwortet die Vorlage und ist erfreut, dass mittels Inliner günstig saniert werden kann. Die Versickerungsanlagen der Brunnen in der Altstadt haben sich bewährt. Es scheint sinnvoll, dass dies nun bei zwei weiteren Brunnen gemacht wird.

Michael Wacker, Fraktionsvotum (SP)

Die SP unterstützt das Geschäft einstimmig. Die Sanierung muss gemacht werden. Die Kosten für die Versickerungen sind nicht teuer und eine sinnvolle Investition. Kaputte Bäume wegen Trockenheit ersetzen zu müssen, wäre teurer. Ausserdem soll das Wasser nicht via Kanalisation abgeführt werden, sondern vor Ort versickert und das Grundwasser unterstützt werden.

Matthias Hostettler, Fraktionsvotum (Grüne/Alternative)

Die Fraktion stimmt der Vorlage zu und ist erfreut über die Berücksichtigung von ökologischen Anliegen. Unklar ist, wieso die Kosten günstiger liegen als in der Investitionsplanung vorgesehen.

Stéphanie Hagmann, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion ist erfreut, dass die GEP-Tranche tiefer ausfällt als in den Vorjahren und nur so viele Sanierungen gemacht werden, wie nötig. Auch die Versickerungsanlagen werden begrüsst. Das Geschäft wird unterstützt.

Nathalie Gysin, Fraktionsvotum (glp)

Auch die glp stimmt dem Geschäft zu.

Andreas Rügger, Stadtrat

Dankt für die positiven Voten. Geplant ist, wie erwähnt wurde, eine kostengünstige Sanierung. Die Versickerungsanlagen ermöglichen Einsparungen bei den Abwassergebühren. Langfristig kann also damit gespart werden. In den letzten Jahren wurden jeweils ca. CHF 400'000 im GEP eingestellt. Weil die Abwasserkasse in den nächsten Jahren aufgrund von zusätzlichen Investitionen im Bereich von Hochwassermassnahmen belastet werden wird, hat der Stadtrat entschieden, kleinere Tranchen von je ca. CHF 300'000 im Finanz- und Investitionsplan dem Einwohnerrat zu beantragen. Daraus resultiert die Kürzung um CHF 150'000.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Für die Umsetzung der GEP-Massnahmen 2021 sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 296'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 (ja/nein) Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Traktandum 7 – Kreditabrechnung

GK 168

Ausführungskredit Primarschulhaus BZZ

Eintreten ist nicht bestritten.

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Wie üblich gibt es für eine Kreditabrechnung in dieser Höhe ein separates Geschäft. Die Abrechnung ist komplex und umfangreich. Sie wurde deshalb auch durch die externe Revisionsstelle geprüft. Die Rechnungen wurden vom Architekt allesamt kontrolliert und visiert. Auch alle Protokolle waren vorhanden. Insgesamt eine sehr saubere Arbeit. Die Abrechnung schliesst mit ca. CHF 1.1 Mio. tiefer ab. Dazu kommen noch Beiträge Dritter. Das sieht alles gut aus. Die Differenz von CHF 5 zwischen den beiden Buchhaltungen konnte auch vom externen Prüfer nicht geklärt werden. Es dürfte sich um Rundungsfehler handeln. Allein die Vergabe der Baumeisterarbeiten lagen massiv tiefer. An Mehrwünschen wurde lediglich ein Flügel statt ein Klavier beschafft, sowie das Beachvolleyballfeld saniert. Es lag eine gefährliche Umrandung vor, welche kostengünstig im Zug der Bauarbeiten beseitigt werden konnte. Die Lüftung braucht noch etwas Zeit zur Justierung. Der Minergiestandard ist für Schulhäuser nicht sehr geeignet. Die Arbeit vom Bereich Hochbau und Liegenschaften war sehr gut, alle Fragen konnten sehr gut geklärt werden. Dies stimmt mich zuversichtlich für das kommende Projekt Oberstufenzentrum am Rebberg. Die FGPK empfiehlt dem Rat einstimmig Zustimmung zum Antrag und dankt allen Beteiligten.

Liliane Hofer, Fraktionsvotum (SP)

Die Fraktion dankt für die erfreuliche Abrechnung. Die Kostenunterschreitung zeugt von gutem Controlling und einer konsequenten Kostendisziplin. Der Ersatz des Beachvolleyballfeldes wird begrüsst, obschon der Einwohnerrat diese Zusatzoption nicht ausdrücklich bewilligt hatte. Eine nachträgliche Instandstellung wäre unverhältnismässig gewesen. Es wurde ausserdem ein Beitrag von Swisslos und einer vom BZZ abgeholt. Die SP stimmt der Abrechnung zu.

Attila Gygax, Fraktionsvotum (glp)

Die Fraktion dankt ebenfalls allen Beteiligten und wird dem Antrag zustimmen. Bei der Ausführung in Minergie Eco fehlt eine strategische Grundlage und Zielsetzung des Stadtrats. Dies wäre bei künftigen Projekten zu berücksichtigen. Ob die Probleme bei der kontrollierten Lüftung auf die Baufeuchte zurückzuführen sind, ist unklar. Wichtig ist, die Garantiefrist im Auge zu behalten. Bei künftigen Projekten muss die Inbetriebnahme der Anlagen mitbestellt werden. Gebäude sind inzwischen sehr technisch, was mehr Zeit benötigt. Es wurden Arbeiten ausgelöst, welche eigentlich in die Reserven gehört hätten, aber nicht als solche ausgewiesen wurden. Der Kostenvoranschlag enthielt

vermutlich insgesamt höhere Reserven als offiziell ausgewiesen. Diese waren vermutlich schon in den einzelnen Positionen enthalten, und obendrauf wurde noch die offizielle Position Reserven eingeplant. Die Reserven sollen künftig offener bewirtschaftet werden, dass letztlich Arbeiten, welche nicht im Projekt vorgesehen waren (z. B. teurere Bodenbeläge), auch wirklich über die Reserven abgewickelt werden müssten. Global aber bei künftigen Projekten zu streichen wäre falsch.

Oliver Maurer, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion freut sich über die Kreditunterschreitung und dankt ebenfalls für die gute Arbeit. Das Beachvolleyballfeld mag zu diskutieren gegeben haben, wurde aber gut gelöst. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

René Schindler, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion freut sich ebenfalls über die Unterschreitung und dankt allen Beteiligten. Sie stimmt einstimmig zu.

Rudolf Günthardt, Fraktionsvotum (FDP)

Die Kreditunterschreitung wurde in der FGPK klar begründet, ebenso wie künftig noch besser budgetiert werden kann. Bei der Abrechnung wäre es eleganter gewesen, die Beträge in einem Quervergleich dem Rat aufzuzeigen. In der Kontrollgruppe waren vier Personen, bei denen der Generalplaner involviert war. Es stellt sich die Frage, ob eine unabhängige Fremdperson nicht besser gewesen wäre und einen Aussenblick hätte einbringen können. Der Übertragung des Quartierschulhauses HPS wurde 2016 zugestimmt, das war bekannt und im Investitionsplan enthalten. Deshalb kann derselbe Betrag nicht doppelt herangezogen werden. Einerseits dazumal als Beitrag an das Schulhaus und jetzt im Abschluss des letzten Jahres. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Dankt für die positiven Voten. Der Bau verlief problemlos. Dies ist der Hauptgrund für das gute Ergebnis, wie auch der offerierte Kampfpfeis des Baumeisters, der den Auftrag offenbar unbedingt wollte. Die technischen Bemerkungen von Attila Gyax sind sehr gut und werden gerne aufgenommen. Auch das Thema mit der Reservebewirtschaftung wurde intern und gegenüber dem Stadtrat transparent ausgewiesen, nicht aber in der Einwohnerratsvorlage. Der Input der Darstellung zur besseren Vergleichbarkeit wird aufgenommen. Die Controlling-Gruppe wurde in der Spezialkommission vorgestellt. Der Finanzverwalter ist in der Controlling-Gruppe, nicht aber in der Baukommission, insofern neutral. Der Generalplaner hat in der Gruppe kein Stimmrecht. Der Zeitpunkt zum Übertrag des QS HPS war nie ganz klar und sowohl vom Abschluss der Arbeiten wie auch von der Genehmigung des Kantons abhängig. Deshalb wurde dies auf 2021 aufgenommen, nicht schon auf 2020.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für den Bau des Primarschulhauses BZZ, Konto 1.2170.5040.00, mit einer Kreditunterschreitung von CHF 1'165'239.01 oder 6.465 %, sei zu genehmigen.

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 8 – Parlamentarische Vorstösse

GK 161

Überparteiliche Interpellation betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland) vom 19. Oktober 2020

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

Die Beantwortung des Stadtrats ist datiert vom 27. Januar 2021.

Viviane Hösli, Einwohnerrätin

Die Interpellantin erklärt nach allgemeinen Ausführungen zum Thema, dass sie mit der Antwort des Stadtrats nicht zufrieden sei.

Der Vorstoss ist auf www.zofingen.ch abrufbar.

Traktandum 9 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratsitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Der Bahnhofsperron wird aktuell saniert. Wie sieht es mit dem glitschigen Boden in der Unterführung Süd aus? Wird auch dort saniert?

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Die Fahrbahn ist im Eigentum der Stadt Zofingen. Im Rahmen des Projekts Perronanhebung besteht eine enge Koordination mit den SBB. Es wurde momentan noch davon abgesehen, den Boden zu ersetzen, weil derzeit noch mit schweren Maschinen gearbeitet wird. Sobald diese abgeschlossen sind, wird eine Sanierung des Belags geplant. Der genaue Zeitpunkt ist aber noch nicht klar.

Pascal Stenz, Einwohnerrat

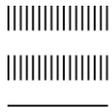
Wie steht es um die digitalen Zahlssysteme bei den Parkuhren aus? Eigentlich hätten ja schon letztes Jahr erste Stationen eingerichtet werden sollen.

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Neue Parkuhren sind bestellt. Installiert werden die ersten (nach derjenigen beim Pulverturm) ab April, inkl. Initialisierung der Bezahl-App. Es gab Verzögerungen seitens des Anbieters.

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Präsidentin dankt für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratsitzung vom 21. Juni 2021 hin und schliesst die Sitzung um 21.00 Uhr.



Zofingen, 12. April 2021

EINWOHNERRAT ZOFINGEN


Barbara Willisegger
Ratspräsidentin


Dr. Fabian Humbel
Protokollführer